



Zeitung der Grünen Hochschulgruppe Göttingen

GrünPhase

Die Alternative

Studierende für eine Aktive Uni Aktiv werden gegen Studiengebühren

Seit dem 26.1. können die Länder entscheiden ob sie allgemeine Studiengebühren ab dem 1. Semester erheben möchten. Auch in Niedersachsen sollen Studiengebühren erhoben werden, wobei bisher noch nicht fest steht, ob dies durch das Land oder die Uni-Präsidien geschehen soll.

Klar ist also: ohne entschlossenen Widerstand wird es in Göttingen Studiengebühren in Höhe von mind. 500 Euro pro Semester geben; für jeden von uns; ab dem ersten Semester.

Wir müssen jetzt handeln. Im so genannten NordNetz haben sich nahezu alle Universitäten Norddeutschlands zusammengeschlossen um gemeinsam Widerstand zu leisten. Verschiedene Hochschulgruppen beteiligen sich für Göttingen im NordNetz. Auch wir, die GHG, tauschen uns dort mit den anderen Unis und Studierenden aus.

Auf dieser Plattform wurde bereits eine Großdemonstration in Hannover für den 2. Juni geplant, an der sich

Universitäten aus Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern beteiligen werden.

Um die Proteste auch in Göttingen zu organisieren ist am **Donnerstag, den 21.4. um 13 Uhr im ZHG 011 eine Aktions-Vollversammlung** geplant. Dort wird das Konzept für eine Aktionsplattform vorgestellt, die es allen interessierten Studierenden ermöglicht, sich selbst zu organisieren und Aktionen gegen Studiengebühren zu planen. Diese Plattform wird Euch die Möglichkeit bieten, Ideen auszutauschen, Euch weiter zu informieren und mit Anderen zusammen aktiv zu werden. Eine ideologische Grundausrichtung der möglichen Aktionen haben wir explizit nicht vorgesehen. Was im Einzelnen geschieht entscheiden alle selbst.

Um den Protestauftakt fröhlich zu gestalten, findet am gleichen Abend eine Party in der Tangente statt. Erscheint zahlreich und laut.



Nach der VV existiert für den gesamten Zeitraum der Proteste das neu geschaffene Infobüro auf der Empore des ZHG, zwischen 009 und 010.

Immer aktuelle Infos
zum Protest:
www.bildungsklau.de

@ Ausgabe Nr. 19/ April 2005

Editorial

Liebe Studierende, das neue Semester ist kaum zwei Wochen alt und schon hält es der neue AStA nicht mehr für nötig einen Rest demokratischen Anscheins aufrecht zu erhalten. Von den vollmundigen Ankündigungen des AStA dem Kampf gegen Studiengebühren höchste Priorität einzuräumen und machtpolitische Eitelkeiten hinten an zu stellen, sind nicht einmal Überreste erkennbar. Mehr dazu in unserer neuen Rubrik „Perversion des Parlamentarismus“, die weniger den Parlamentarismus als solchen problematisiert, als dass sie die durch die selbstgerechte AStA-Mehrheit verursachte Abart des Parlamentarismus im StuPa aufgreift.

Doch soll euch das Verhalten des AStA nicht daran hindern zahlreich, kreativ und kraftvoll gegen Studiengebühren zu kämpfen!

Die Schlacht ist eröffnet!

Termine:

21.4. Aktions-Vollversammlung, 13h, ZHG 011

21.4. Podiumsdiskussion mit Herrn von Figura, 17h, ZHG 009

21.4. Abends Auftakt-Party für die kommenden Proteste in der Tangente
25.4. Eventuell Demo/Aktionen in Göttingen

2.6. Großdemo in Hannover

2.6. - 4.6. Anti-Studiengebühren Festival im Anschluss an die Demo, mit Bands und Zeltstadt

Impressum:

GrünPhase - Die Alternative ist die Zeitung der Grünen Hochschulgruppe Göttingen, Goßlerstraße 16a, 37073 Göttingen. V.i.S.d.P.: Ch. Hornikel

www.ghg-goettingen.de

e-mail: ghg@stud.uni-goettingen.de



Perversionen des Parlamentarismus

AStA gegen eine Verlängerung des Härtefallfonds

Für das Semesterticket wurde durch das Studierendenparlament (StuPa) ein so genannter Härtefallfonds eingerichtet. Dieser wird dadurch finanziert, dass das durch die Semesterticketgebühren ein-



genommene Geld (knapp 2 Millionen Euro) möglichst spät an die Deutsche Bahn überwiesen wird und die anfallenden Zinsen in den Fonds übertragen werden. Aus diesem Topf können Studierende, die Probleme bei der Finanzierung des Semestertickets haben, eine Rückerstattung der Semesterticketkosten beantragen.

Da derzeit noch nicht abzusehen ist, ob es auch im kommenden Wintersemester solche Zinseinnahmen geben wird, beantragte die GHG auf der StuPa-Sitzung vom 14. April, mit Geldern aus dem Sozialreferat die Finanzierung eines Härtefallfonds für das WS 05/06 sicherzustellen. Das Sozialreferat soll im kommenden Jahr über 11.000 Euro verfügen, hat im letzten Jahr allerdings nur 477,57 Euro genutzt. An dieser Stelle fragen wir: Wie sozial ist dieser AStA? Gelder stehen eher für Material als für Menschen zur Verfügung, bedenkt mensch wie hoch die Etats für Druckkosten und ähnliches sind.

Unser Antrag wurde durch die Stimmen von ADF und RCDS abgelehnt. Es ist uns unverständlich, wieso der AStA der Meinung ist, dass aus seinen Geldern kein soziales Sicherheitsnetz für Härtefälle, die sich das Semesterticket nicht leisten können, finanziert werden sollte; und

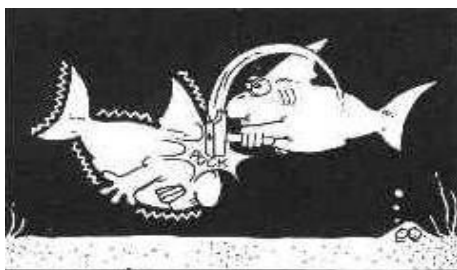
auch dies nur für den Fall, dass die Zinseinnahmen geringer ausfallen sollten. Angesichts eines Haushaltes von 2,5 Millionen Euro ist eine Verweigerung der für den Härtefallfonds nötigen 2.900 Euro eindeutig eine politische Entscheidung, mit der den ohnehin schon



weniger Reichen und um die Finanzierung ihres Studiums Kämpfenden wieder einmal ins Gesicht geschlagen wurde. Dies war einer der Gründe, wieso der Haushalt von der Opposition mehrheitlich abgelehnt und scharf kritisiert worden ist.

Protestfonds gegen Studiengebühren abgelehnt

Die GHG-Fraktion stellte auf der letzten Studierenden Parlaments (StuPa) Sitzung einen Haushaltsantrag um einen Protestfonds einzurichten, aus dem alle Studierende, die sich gegen Studiengebühren



engagieren möchten und keine engere Bindung an Fachschaften und politische Hochschulgruppen haben, finanzielle Unterstützung erhalten können. Dieser Antrag wurde von ADF und RCDS abgelehnt.

Finanziert werden, sollte der Protestfonds unter anderem aus den Mitteln des hochschulpolitischen Referats, dessen Etat auf 11.000 Euro angehoben wurde, obwohl es im

letzten Jahr nur knapp 5.000 Euro verbrauchte. Auf die Frage der Vertreter der GHG im Haushaltsausschuss, was mit diesem hohen Etat geplant sei, wurde nicht reagiert; die AStA-Gruppen verweigerten sich einmal mehr einer für Transparenz sorgenden Diskussion.

Bei der Einrichtung des Protestfonds ging es der GHG um eine politisch und ideologisch unabhängige Verteilung des für Studierendenproteste bereitstehenden Geldes durch eine vom StuPa eingerichtete Kommission. Stattdessen möchten ADF und RCDS im AStA weiterhin alleine darüber entscheiden, welche Protestprojekte unterstützenswert sind und welche Studierenden mit finanzieller Hilfe beim Protest rechnen dürfen. Wir hätten uns ein eindeutiges Signal an die Studierendenschaft gewünscht, dass die diesjährigen Proteste von einem Gremium unterstützt werden, dem eine möglichst breite Basis von

hochschulpolitischen Gruppen angehört. Der AStA war nicht bereit gemeinsam mit allen im StuPa vertretenen Gruppen ein Zeichen zu setzen und deutlich zu machen, dass es nicht sein kann, dass zwar alle Hochschulgruppen (ausgenommen LHG) gegen Studiengebühren sind, aber aus Prestige Gründen und



Kontrollgeilheit die Zusammenarbeit verweigern. Aus diesen und anderen Gründen lehnten wir eine Verabschiedung des Haushalts in seiner derzeitigen Form ab.

Privatisierung der Hochschule und ihre Gefahren für die Studierenden

Mit dem Bologna-Prozess erwarten uns nicht nur neue Studiengänge (Stichworte: Bachelor und Master) sondern auch ein neues Verfahren für die Akkreditierung vulgo Zulassung neuer Studiengänge. Um internationale Transparenz und einheitliche Qualitätsstandards zu garantieren wurde 1998 von der Kultusministerkonferenz ein unabhängiger Akkreditierungsrat gegründet. Dieser übernahm die Aufgabe der Zulassung neuer Studiengänge von den jeweiligen Länderministerien; damit wurde das alte System der Rahmenprüfungsordnungen abgelöst.

Akkreditierungswahnsinn

Dieser Akkreditierungsrat übernimmt aber nicht selbst die Zulassung der neuen Studiengänge, sondern beschränkt sich darauf Mindeststandards und Kriterien sowohl für die Akkreditierung von Akkreditierungsagenturen, als auch von Bachelor- und Masterstudiengänge festzulegen. Ja, ihr habt richtig gelesen: der Akkreditierungsrat akkreditiert Akkreditierungsagenturen, die dann nach den Mindeststandards und Kriterien des Akkreditierungsrates wiederum die Studiengänge akkreditieren. Die eigentlichen Zulassungen übernehmen also die privatwirtschaftlich organisierten Agenturen; wohingegen dem Akkreditierungsrat nur die Aufgabe einer Aufsichtsbehörde zukommt. Alle neue BA/MA-Studiengänge bedürfen einer Akkreditierung durch diese Agenturen, die im Wettbewerb um die Aufträge der Universitäten buhlen. Ist ein Studiengang akkreditiert, kann er sich mit dem Gütesiegel des Akkreditierungsrates schmücken. Doch verblasst dieser Ruhm recht schnell wieder: Alle fünf bis sieben Jahren ist eine erneute Akkreditierung notwendig. Bei Kosten von 13.000 € für einen Studiengang summieren sich in ganz Deutschland die Kosten für eine „Akkreditierungsrunde“ von allen vorhandenen Studien-



gängen auf 90 bis 150 Mio. •. Auf die deutschen Universitäten kommen folglich alle fünf bis sieben Jahre Kosten in Höhe des Haushalts einer mittelgroßen Universität zu.

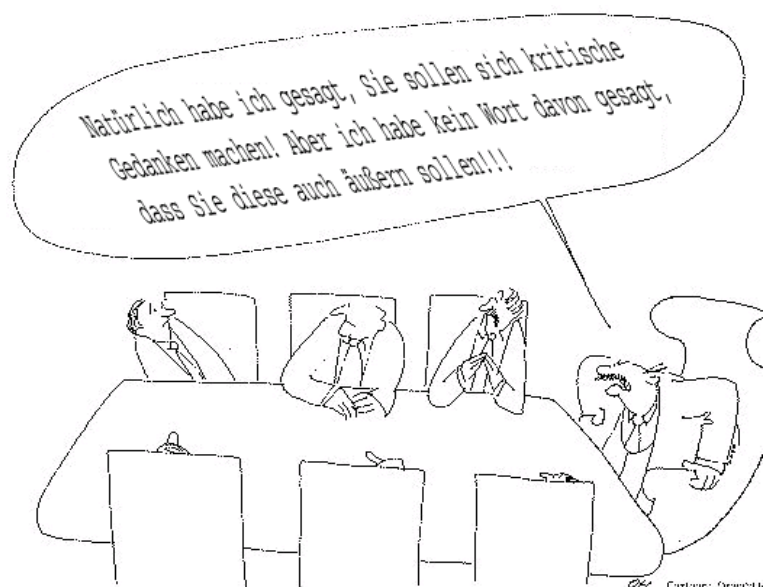
Das Sterben der Orchideen

Das ist viel Geld für Universitäten, denen finanziell das Wasser Oberkante Unterlippe steht. Mit diesen Ausgaben wurden dann noch nicht einmal Professoren, Tutorien, Labore oder andere Investitionen in die Lehre getätigt, sondern nur das Gütesiegel finanziert. Mensch kann sich schwer des Eindrucks erwehren, dass hier Millionenbeträge für nichts, aber auch gar nichts, zum Fenster rausgeschmissen werden. Die hohen Kosten treffen natürlich die so genannten Orchideenfächer und damit viele kleine Institute viel stärker als Massenfächer, da die Kosten der Akkreditierung unabhängig von der Anzahl der Studierenden anfallen. Hierdurch wird die Abhängigkeit kleiner Institute von Geldgebern verstärkt. Beispielsweise ködert das Wis-

senschaftsministerium die Philosophische Fakultät damit, dass es die Kosten der Akkreditierung übernimmt, falls die Umstellung auf BA/MA möglichst schnell - und damit wenig sorgfältig, um nicht zu sagen kopflos - durchgezogen wird.

Gleichschaltungsgefahr

Durch die zentrale Vorgabe von Mindeststandards und Kriterien durch den Akkreditierungsrat besteht die Gefahr inhaltlicher Gleichschaltung der Studiengänge. Die unterschiedlichsten Studiengänge werden bei der Zulassung alle nach den gleichen Maßstäben evaluiert. Diese Praxis bewegt sich fern realistischer Betrachtungen und Methodik. Die Übergabe der eigentlichen Akkreditierungsautorität an privatwirtschaftliche Akkreditierungsagenturen spiegelt einmal mehr die Privatisierung des Bildungssektors wieder und geht mit einem erheblichen Demokratiedefizit einher. Die Landesministerien für Wissenschaft, welche bisher die Studiengängen genehmigten, unterlagen demokratischer Kontrolle, was bei den neuen Akkreditierungsagenturen kommentarlos entfällt. Unser Fazit: Diese Akkreditierungspraxis ist teuer, undemokratisch und gefährdet wissenschaftliche Vielfalt.



Studiengebühren erlaubt!

GHG kritisiert Studiengebührenmodell der niedersächsischen Grünen

Der niedersächsische Wissenschaftsminister Lutz Stratmann (CDU) hat Ende Februar seine Pläne für Studiengebühren aus der Schublade geholt. Höchstens 500 Euro sollen die Hochschulen pro Semester erheben dürfen; ob sie aber überhaupt Gebühren erheben und ob dabei die volle Bandbreite von 500 Euro ausgenutzt wird, bleibt den Hochschulen überlassen – erhebt eine Uni allgemeine Gebühren, sollen die Langzeitstudiengebühren wegfallen.

Weiter will Stratmann diese Pläne nur realisieren, wenn a) sichergestellt ist, dass die Gebühren den Universitäten zusätzlich zu Gute kommen und b) kein Studierender durch Studiengebühren daran gehindert wird, zu studieren. Zu diesem Zweck möchte Stratmann einen vermögensunabhängigen, zinsgünstigen Bildungskredit anbieten, der erst nach dem Studium zurückgezahlt werden soll; außerdem sollen Studierenden, die neben dem Studium ein Kind erziehen oder Familienangehörige pflegen, keine Gebühren bezahlen.

Schließlich ist da noch das Versprechen, dass die Studiengebühren „weder zu einem Teil in den Landeshaushalt fließen, noch (...) eine Anrechnung auf die staatlichen Zuschüsse erfolgen“ wird. Offensichtlich hat Herr Stratmann immer noch nicht

verstanden, dass es nicht in seiner Hand liegt, ob der Bildungshaushalt gekürzt wird oder nicht. Schließlich verabschiedet das Kabinett den Haushalt auf Vorschlag des Finanzministers und Stratmann ist sicherlich nicht der einzige, der bei der nächsten Kürzungsrunde versuchen wird, verschont zu bleiben.

Studiengebühren sind geil!

Lange hat es nicht gedauert: Heute gibt es außer den Studierenden selbst kaum noch Stimmen, die sich gegen die Einführung von Studiengebühren stark machen. Nach dem schon lange vor dem BVG-Urteil vom 26. Januar die *tagesszeitung* (taz) umfiel und Gebühren gut hieß, wenn sie von den Studierenden selbst verwaltet werden würden, konnte mensch sich bei der *Zeit*-Lektüre am Tag nach dem Urteil vor Forderungen nach Studiengebühren und vor Lob für diese kaum retten. Mensch hat den Eindruck, Studiengebühren sind geil!

Das haben sich auch die Grünen in Niedersachsen gedacht und hinter der Bezeichnung „StudienCredits“ ihr Modell von Studiengebühren verpackt. In diesem Modell wird der Campus zu einem großen Basar: Jeder Studierende bekommt eine Tasche voll von StudienCredits, mit denen er sich die Teilnahme an Vorlesungen und Seminaren

erkaufen kann. Mikro I ist dann für einen StudienCredit zu haben, für ein Proseminar in Politik muss man gleich 3 berappen. Dabei entspricht jeder StudienCredit einem bestimmten Wert, den die Fakultät, an der ein Credit eingelöst wird, beim Staat gegen bare Münze umtauschen kann. Kurz gesagt: Je mehr Credits eine Fakultät einnimmt, desto mehr Geld bekommt sie vom Staat.

Die Grünen erhoffen sich dabei, dass wie auf einem ideellen Markt nur Produkte von hoher Qualität nachgefragt werden. Dahinter steckt die naive Annahme, dass Studierende nur qualitativ hochwertige Veranstaltungen besuchen und die weniger guten von vornherein meiden. Da eine Fakultät kein Interesse an wenig besuchten Veranstaltungen haben kann, werden sich ProfessorInnen hüten, solch minderwertiges Material auf dem Basar feil zu bieten. So denken sich das auf jeden Fall die Grünen, wir haben da aber unsere Zweifel: Bedeutet ein volles Seminar nicht eher weniger Qualität als ein „gesundes Seminar“ mit nur 20 Studierenden? Und könnte mensch nicht auch hier wieder eine Parallele zum Markt ziehen, nämlich dass Qualität bedeutet, was die Werbung uns suggeriert? Oft sind die beiden wichtigsten Entscheidungskriterien doch der Titel des Seminars und die Anforderungen des Dozierenden. Qualität wird bei den niedersächsischen Grünen wohl eher wirtschaftlich definiert.

Nun aber zu den Gebühren:

Jeder Studierende soll die 216 benötigten Credits für sein Bachelor-Studium noch umsonst vom Staat bekommen, allerdings müsste er, soweit er in den Genuss kommt ein Master-Studium absolvieren zu dürfen (siehe BA/MA-Artikel in der GrünPhase-Kompakt), für die hierzu zusätzlich benötigten 144 Credits 20 Euro pro Credit hinzuzahlen. Bei einem viersemestrigen Master wären das 720 Euro pro Semester.

Auf Grund der Tatsache, dass der Bachelor für alle Studierende kostenlos ist, behaupten die Grünen, ein kostenloses Erststudium gesichert zu haben. Sie verkennen aber, dass im „alten System“ nur das Diplom, der Magister und das Staatsexamen als für den Beruf



qualifizierende Abschlüsse gelten – diesen Abschlüssen entspricht aber

ausschließlich der Master und nicht der Bachelor. Somit ist unter einem Erststudium immer Bachelor und Master zu verstehen. Gebührenfreies Erststudium adé!

Erhoffen sich die Grünen vom den StudienCredits einen Qualitätsschub, versprechen sie sich von den Mastergebühren zusätzliche Mittel für die Verbesserung von Forschung und Lehre.

Lässt mensch einmal außer Acht, dass die zusätzlichen finanziellen Mittel an anderer Stelle (den staatlichen Zuwendungen) gekürzt werden könnten oder schon gekürzt wurden, und geht man davon aus, dass die 20 Euro pro StudienCredit vollständig in die Fakultäten fließen, kommt man bei genauer Betrachtung zu einem überraschenden Ergebnis: In einer Studie, die die Grünen in Baden-Württemberg beim FiBS (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie) anlässlich des StudienCredit-Modells in Auftrag gegeben haben, erwartet mensch, dass im oben beschriebenen Modell durch die Einführung von Studiengebühren für den Masterstudiengang der Etat

Demnächst vor jedem Hörsaal:



der Hochschulen um gut drei Prozent erhöht wird. Übertragen auf Göttingen bedeutet dies, dass die 10-prozentigen Kürzungen aus dem letztem Jahr nur zu einem Drittel wieder wettgemacht werden.

Natürlich sind wir für jeden Euro dankbar, der den Unis zusätzlich zu Verfügung steht – wie will man aber Studiengebühren rechtfertigen, die für viele Betroffene eine starke Belastung darstellen, im Großen und Ganzen an der Haushaltssituation der Universitäten aber nichts ändern?

Bündnis90 sieht doppelt

Was also wollen die niedersächsischen Grünen? Diese Frage haben wir Anfang April dem niedersächsischen Landesvorstand persönlich gestellt.

Die gewünschte Finanzierung der Hochschulen stellten wir auf Grund des geringen zusätzlichen Gebührenaufkommens in Frage. Sie soll aber vollständig an den Uni bleiben. Na toll! Und außerdem sollen mit dem Geld noch Kindergartenplätze finanziert

werden. Aha, die wundersame Verdoppelung der Gebühreneinnahmen. Auf der sozialen Gerechtigkeitsschiene ging es dann weiter. Wir wären ja privilegiert und sollten von unserem hohen Ross mal runter kommen. Schließlich würden eine Meisterausbildung oder bestimmte Fachhochschulgänge auch Gebühren kosten. Davon, dass die Kosten vom Arbeitgeber übernommen werden und mensch während der Ausbildung sogar Geld verdient kein Wort. Schließlich mussten wir uns Fragen, mit welcher Partei wir eigentlich sprechen: Das Studium müsse einen Wert bekommen, ein Studierender muss merken, was er hat. Na Prost Mahlzeit, Schwarz-Grün steht nichts mehr im Weg!

Auf Christiansens Niveau

Offensichtlich haben die Grünen ein starkes Bedürfnis im Wettbewerb um das beste Studiengebührenmodell mitzumischen. Die uns vorgebrachten Begründungen waren vom gleichen Niveau und passten eher in eine mittelmäßige Folge von Sabine Christiansen. Nur einen Satz werden wir bestimmt nicht vergessen: „Wir sollten uns fragen, warum die Koalition auf Bundesebene so stark an Unterstützung verloren hat. Das liegt vor allem daran, dass Versprechen nicht gehalten wurden.“ Genau! Grüne, die Studiengebühren cool finden, finden wir ziemlich uncool!

Die Professor und der Sekretärin

Gerade an den deutschen Hochschulen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Obwohl mehr als die Hälfte aller Schule und Universität Besuchenden in Deutschland weiblichen Geschlechts sind, sind Frauen nur zu einem Drittel in den Forschungsbereichen der deutschen Universitäten vertreten. Ohne gleichberechtigte Integration der Frauen und die Berücksichtigung des „weiblichen Potentials“, verkommen selbst die hochtrabendsten Bildungsideale zur Makulatur. Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden „Wettbewerbs um die besten Köpfe“ ist es fahrlässig das „Humankapital“ der Frauen ungenutzt verfallen zu lassen.

Gerade in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, hält sich die Regel, je höher die Positionen und Besoldungsgruppen, desto niedriger der Frauenanteil. Dies ist umso erstaunlicher, da gerade in den letzten Jahren die Mehrzahl der Hochschulabsolvierenden weiblich war. Das typische Bild an der Universität ist aber immer noch die männliche Professorin und der weibliche Sekretär. Gerade bei den C3 und C4 Stellen fehlen Frauen. Deutliches Defizit besteht gerade in der Phase der Heranführung an die universitäre Laufbahn, nach Abschluss des Studiums. Daher liegt eindeutig kein Qualifikationsproblem vor, denn Frauen machen die besseren Abschlüsse. Die Hochschule muss sich

fragen: was können wir jungen Frauen bieten, dass sie bei uns bleiben und wir ihr Potential, an dessen Entwicklung ja dieselbe Hochschule beteiligt war, nutzen und fördern können. So weit scheint man noch nicht zu sein. Um die lästigen Berichte zur Frauenförderung statistisch aufzupolieren, besetzen manche Fakultäten unserer Universität die so genannten Drittmittelstellen mit weiblichen wissenschaftlichen Hilfskräften. Diese Stellen sind projektbezogen und somit temporär. Hier entwickelt sich ein Sektor weiblicher Edel-Zeitarbeit. Wiederkehrendes Argument ist, diese Praxis stelle eine gute Einstiegschance in den Hochschulbetrieb dar. Doch in der Realität folgt eher selten eine Laufbahn im Hochschulbereich.

Schreiben des niedersächsischen Wissenschaftsministers an die Studierenden



Lutz Stratmann Niedersächsischer Minister
für Wissenschaft und Kultur

Hannover, den 23.02.2005

Sehr geehrte Studierende,

mit seiner Entscheidung vom 26. Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass es ausschließlich Sache der Länder ist, über die Frage der Studiengebühren zu entscheiden. Neben anderen Ländern soll auch in Niedersachsen den Hochschulen mit einer Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes durch Beschluss des Niedersächsischen Landtags die Möglichkeit eingeräumt werden, Studienbeiträge zu erheben.

Im Rahmen der Diskussion über Studienbeiträge werden zur Zeit auch falsche Behauptungen verbreitet.

Um zu einer Versachlichung der Diskussion zu gelangen, erlaube ich mir, Ihnen meine derzeitigen Überlegungen zu Studienbeiträgen vorzustellen:

1. Die Entscheidung, in welcher Höhe für die einzelnen Studiengänge Studienbeiträge festgesetzt werden, wird den Hochschulen überlassen. Es wird eine Bandbreite mit einer Obergrenze von 500 € pro Semester festgelegt. Das entspricht rund 80 € pro Monat.
2. Die Erhebung von Studienbeiträgen durch die Hochschulen wird nur dann ermöglicht, wenn sichergestellt ist, dass die Einnahmen zweckgebunden für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen zur Verfügung stehen. Sie sollen insbesondere für die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses zwischen Studierenden und Lehrenden,
3. Durch Studienbeiträge darf die Aufnahme eines Studiums nicht verhindert werden. Deshalb soll den Studierenden ein vermögensunabhängiger zinsgünstiger Bildungskredit angeboten werden, dessen Rückzahlung erst nach der Aufnahme einer Berufstätigkeit und in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens erfolgt.
4. Soweit Studienbeiträge gezahlt werden, wird eine Langzeitstudiengebühr nicht erhoben.
5. Studierende, die Kinder erziehen oder Familienangehörige pflegen, sollen von Studienbeiträgen befreit werden. Über weitere Ausnahmen wird derzeit diskutiert.

Studienbeiträge werden zu einer wesentlichen Verbesserung der Studienbedingungen für die Studierenden führen. Studiengänge werden attraktiver ausgestaltet und effizienter studierbar sein, so dass sich auch die Studienzeiten verkürzen werden. Durch die Festsetzung einer Obergrenze für die Studienbeiträge und durch die vorgesehene soziale Abfederung mittels eines Bildungskredits bleibt aus meiner Sicht die finanzielle Belastung für die Studierenden tragbar.

Mit freundlichen Grüßen

Antwort des NordNetzes auf das Schreiben des Ministers

Sehr geehrter Herr Stratmann,

die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts war für uns Studierende keine große Überraschung. Uns ist klar, dass der politische Wind gegen uns weht, da Studiengebühren und Elitenbildung als Heilmittel der Hochschulbildung verkauft werden. Doch die Argumentationen sind oft oberflächlich und polemisch. Die wahren Beweggründe zur Einführung von Studiengebühren oder „Studienbeiträgen“ werden öffentlich nicht in den Mund genommen und durch Schlagwörter wie „Soziale Gerechtigkeit“ oder „Verbesserung der Lehre“ ersetzt. Verstärkt wird diese gezielte Desinformation noch durch die offensichtliche Planlosigkeit der Studiengebührenbefürworter. In den Wochen nach dem Karlsruher Urteil waren jeden Tag andere Angaben von verschiedenen und sogar den gleichen Menschen zu hören. Dies sorgte für allgemeine Verwirrungen und eine zunehmend negative Berichterstattung in der Presse.

Womit wir zum eigentlichen Thema unseres Schreibens kommen: Ihre „Versachlichung“ der Diskussion um Studiengebühren. Es ist schön, dass Sie Ihre Position den Studierenden direkt mitteilen möchten. Es stimmt, dass falsche Behauptungen im Umlauf sind, Sie sollten aber ehrlicher Weise erwähnen, dass diese Behauptungen nicht hauptsächlich von den Studiengebührengegnern, sondern von ihren Befürwortern in die Welt gesetzt werden. Auch die oft widersprüchlichen Äußerungen ihrerseits, auf die wir Studierenden uns beziehen müssen, sorgen dafür, dass von uns verbreitete Zahlen nicht immer den aktuell von ihnen verbreiteten entsprechen. Nun aber zu den inhaltlichen Punkten:

1. An diesem Punkt wird wieder einmal deutlich, dass die Debatte um die Einführung von Studiengebühren von Angst vor Verantwortung und unklaren Informationen geprägt ist. Wenn Sie stolz darauf verweisen, dass Sie den Hochschulen die Entscheidungskompetenz über die Einführung von Studiengebühren überlassen möchten, verschweigen Sie geflissentlich, dass diese selber von ihnen eine einheitliche Regelung fordern. Hinzu kommt, dass die vermeintliche Autonomie der

Hochschulen nur in „unangenehmen“ Bereichen besteht, in denen das Ministerium keine Entscheidungen treffen möchte. Die „Obergrenze“ für Studiengebühren von 500€ erscheint vor dem Hintergrund zahlreicher Forderungen nach höheren Beträgen (z.B. vom CHE, HRK, BDA, Jörg Dräger) auf lange Sicht wenig glaubwürdig. Die inoffiziellen Studiengebühren in Form von Verwaltungskosten kommen zu den 500€ ja ohnehin noch hinzu. 1150€ im Jahr (nach ihrer Rechnung 80€ monatlich) sind gemessen am Bafög-Höchstsatz (585€) rund zwei volle Monatseinkommen. Das kann kaum als zumutbare Belastung angesehen werden.

2. Das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden wurde in den letzten Jahren durch drastische Haushaltskürzungen verschlechtert. Durch die Erhebung von Studiengebühren wird höchstens wieder der alte Zustand erreicht, der auch nicht zufriedenstellend war. Weitere Kürzungen sind aber schon abzusehen, denn die Finanzminister spielen schon begierig auf die zusätzlichen Mittel (z.B. in Berlin und Bayern). Ein Vertrag, der diese Kürzungen verhindert, scheint auf lange Sicht unmöglich und aufgrund von anderen ungehaltenen Wahlversprechen zum Thema Studiengebühren auch unglaubwürdig (Versprechen keine Studiengebühren einzuführen, Versprechen, dass Langzeitgebühren an die Hochschulen gehen).

3. Jede Form von Studiengebühren wird Menschen von der Aufnahme eines Studiums abhalten. Es herrscht eine unterschiedliche Bereitschaft Kredite aufzunehmen, die von persönlichen Erfahrungen abhängt. Die Summe der Verschuldung wird je nach eigener finanzieller Situation unterschiedlich empfunden. Kredite und auch eventuelle Stipendien machen die Studierenden von ihren Geldgebern abhängig und schränken so ihre Wahlmöglichkeiten im Studium ein. Studiengebühren werden hier benutzt, um das Studierverhalten zu steuern und auch nach wirtschaftlichen Aspekten auszurichten. Mit der Fachausbildung gibt es in Deutschland anders

als in den angelsächsischen Ländern eine Alternative zum Studieren, die eine gesicherte finanzielle Zukunft ermöglicht. Studiengebühren können so zu einer Abwanderung hin zur Fachausbildung und damit einer weiteren Verschärfung der Lehrstellenknappheit führen.

4. Wir halten auch Langzeitstudiengebühren für nicht sinnvoll, eine Summierung von Langzeitgebühren und Studiengebühren hätte fatale Folgen für Studierende, die neben dem Studium arbeiten müssen. Aber solche Studierenden scheinen ja nicht mehr erwünscht zu sein. 5. Grundsätzlich finden wir Erleichterungen für Studierende, die Kinder erziehen, Familienangehörige pflegen oder unter anderen erschwerenden Bedingungen studieren, wünschenswert. Doch sind wir in diesem Fall für ein allgemein gebührenfreies Studium, so dass keine Ausnahme nötig wird. Studiengebühren werden zu keiner wesentlichen Verbesserung der Studienbedingungen führen. Zusätzlich werden große Bevölkerungsgruppen durch die Abschreckungswirkung der Gebühren vom Studium abgehalten. Die Hochschulen werden in Zukunft noch stärker an der Wirtschaft ausgerichtet, jedoch nicht an den Bedürfnissen der Studierenden, was auch in der Diskussion um die Verfasste Studierendenschaft deutlich wird. Sie führen in ihrem Schreiben nur ein Argument zur Einführung von Studiengebühren an, das aber wie oben gezeigt nicht haltbar ist. So bleibt nur ein logischer Schluss:

Die Einführung von Studiengebühren hätte nur Nachteile. Deshalb müssen Sie die ihnen vom Bundesverfassungsgericht zugesprochenen Kompetenzen wahrnehmen und die Einführung von Studiengebühren verhindern.

PARTY
von ghg und
fg kunstgeschichte
VG - 19.Mai

Studierendengelder von Burschis verwaltet

In jedem öffentlichen Haushalt und auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen werden Haushalts- und Jahresabschlüsse von unabhängigen RechnungsprüferInnen geprüft, um Fehler aufzuklären und Zweckentfremdungen von Mitteln aufzudecken.

Der AStA der Universität Göttingen hat sich entschlossen mit der Rechnungsprüfung anders zu verfahren. Die gewählten RechnungsprüferInnen sind selbst Mitglieder der Hochschulgruppen, die den AStA stellen: ADF und RCDS. Der Vorschlag auch einen Vertreter der Opposition zum Rechnungsprüfer zu ernennen, wurde von

den beiden Gruppen mit ihrer Mehrheit im Haushaltsausschuss des Studierendenparlaments abgelehnt. Mensch kontrolliert sich eben lieber selbst. Auch der Hinweis, dass durch unabhängige RevisorInnen Transparenz und Unabhängigkeit gewährleistet werden könnten, führte nicht zum Einlenken des AStA.

Dieser hatte bereits im März mit einer parlamentarischen Grundregel gebrochen, indem er das Präsidium des Studierendenparlaments nur mit den eigenen Mitgliedern besetzt hat. Ein solches Verhalten wäre im Bundestag oder andern demokratischen Parlamenten undenkbar. Zwar wurde zugegeben, dass es sich um einen „Stilbruch“ gehandelt hat; die AStA-Gruppen weigern sich allerdings diesen Fauxpas rückgängig zu machen.

Das Besetzungsverfahren der RechnungsprüferInnen ist aber noch gravierender. Hier entsteht der Verdacht, dass Gelder der Studierendenschaft nicht sachgemäß verwaltet werden. Auffallend ist auch, dass der RCDS letztes Jahr noch genau dieses Verfahren scharf kritisiert hatte. Scheinbar hat sich auch diese Position des RCDS mit der Beteiligung am AStA verändert. Sie

halten es seitdem ganz wie ihr Vorbild Adenauer: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!“

Nun ist ein bekennendes Mitglied der Burschenschaft Holzminda Haushaltsrevisor des AStAs. Diese Verbindung ist in der Vergangenheit durch die Einladung des Hohmann-Sympathisanten Günzel und durch rechte Propaganda aufgefallen. Der AStA unter Beteiligung der „unpolitischen“ ADF zahlt lieber für Druckkosten als für ausländische Studierende (siehe nebenstehenden Bericht), beschäftigt rechte Burschenschaftler und rückt damit selbst immer weiter nach rechts.



Als Fazit bleibt uns festzuhalten, dass eine bemerkenswerte Kluft zwischen den Sonntagsreden und den Taten des AStA besteht: In ersteren wird die politische Unabhängigkeit des AStA betont, die „Servicearbeit“ als wichtigste Aufgabe genannt und immer wieder die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Opposition betont.

In der Realität wird mit rechten Organisationen zusammengearbeitet und den Service gibt's nur auf den Wahlplakaten der ADF. Die Kontrollrechte der Opposition im Studierendenparlament werden in einer nie gekannten Weise beschnitten.

In der Realität wird mit rechten Organisationen zusammengearbeitet und den Service gibt's nur auf den Wahlplakaten der ADF. Die Kontrollrechte der Opposition im Studierendenparlament werden in einer nie gekannten Weise beschnitten.



Perversionen des Parlamentarismus
Perversionen des Parlamentarismus

Druckkosten statt Ausländer

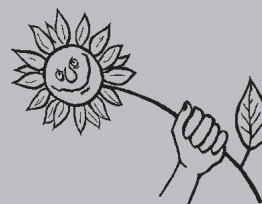
Auf der letzten Sitzung des Studierenden Parlaments beantragte schwarz-rot-kollabs, die Mittel des Ausländischen Studierendenrates (ASR; in dem die ausländischen Studierenden der Uni Göttingen vertreten werden) zu erhöhen, da der Bedarf bereits im Jahr 2004 nahezu deckungsgleich mit dem Haushaltsansatz war (Bedarf: 7.635 Euro, Ansatz: 8.100 Euro).

Um eine Erhöhung des ASR-Etats gegen zu finanzieren wurde vorgeschlagen den Etatposten „Druckarbeiten außer Haus“ zu reduzieren. Hierfür sind nämlich in diesem Jahr 34.000 Euro veranschlagt, obwohl im letzten Jahr nur gut 22.000 Euro verbraucht wurden.

Dieser Antrag, für den auch die GHG stimmte, wurde durch die Stimmen von ADF und RCDS abgelehnt. Es scheint also wichtiger zu sein, für 11.000 Euro mehr als im letzten Jahr Druckarbeiten außer Haus durchzuführen, als die ausländischen Studierenden in Göttingen zu unterstützen und ihre politische Vertretung hinreichend zu finanzieren. Diese Ansicht können wir nicht teilen und werden uns daher auch zukünftig für eine gerechtere Verteilung der Mittel einsetzen.

Alles in Ordnung oder Zeit, was zu verändern?

Treffen der GHG jeden Dienstag,
20 Uhr im AStA-Sitzungssaal,
1. Stock, Goßlerstraße 16a
4997472 (Karolina)
info@ghg-goettingen.de



Grüne Hochschulgruppe Göttingen (GHG)

Alle Texte und aktuelle Infos im Netz unter:
www.ghg-goettingen.de